



ANGRIFF AUF DAS ERSPARTE.

graphik: ©pressecheck.ch.4.2026

pressecheck

Roland Keller, Publizist | www.presse-check.ch



Der Staat will den Bürger ausnehmen und treibt die Steuern indirekt und versteckt so hoch, dass auch gutverdienende Bürger immer weniger Geld zur Verfügung haben. Die mittleren Einkommensgruppen können kaum mehr Ansparen. Der Hintergrund dieser Steuererhöhungen ist in Wahrheit der indirekte Zugriff auf das Sparvermögen der Bürger.

Basel, 13.Mai 2026. **Analyse von Roland Keller**

Wenn der Staat seine Kosten nicht in den Griff bekommen will, erhöht er die Steuern.

Um es direkt auf den Punkt zu bringen:

Der Staat greift zunehmend auf jenes Vermögen zu, das der Bürger durch Sparsamkeit und Konsumverzicht aufgebaut hat. Er erhöht Steuern und Abgaben nicht immer offen, sondern häufig indirekt und verdeckt: über Gebühren, Sozialabgaben, Krankenkassenprämien, Mehrwertsteuer und staatlich verursachte Zusatzkosten.

Dadurch bleibt selbst gutverdienenden Bürgern immer weniger frei verfügbares Einkommen.

Die neuesten Erhebungen des Schweizerischen Bundesamtes für Statistik (BfS) ermittelte folgende Fakten:

Im Jahr 2023 gehörten 55 Prozent der ständigen Wohnbevölkerung der Schweiz dem Mittelstand an. Das Bundesamt für Statistik ordnet Alleinlebende mit einem monatlichen Bruttoeinkommen zwischen 4228.- und 9061.- Franken dieser Gruppe zu. Bei Paaren mit zwei Kindern unter 14 Jahren liegt die entsprechende Spanne zwischen 8800.- und 19028.- Franken brutto pro Monat.

Das Bundesamt unterscheidet innerhalb des Mittelstands zwischen einer unteren und einer oberen mittleren Einkommensgruppe. Die Schwelle zwischen beiden Segmenten lag 2023 bei einem monatlichen Bruttoeinkommen von 6041.- Franken für Alleinlebende beziehungsweise 12685.- Franken für Paare mit zwei Kindern unter 14 Jahren.

Diese statistische Stabilität verdeckt jedoch erhebliche Belastungsunterschiede innerhalb der

mittleren Einkommensgruppe.

Besonders Haushalte des unteren Mittelstands verfügen häufig nur über begrenzte finanzielle Puffer. Gemäss den Zahlen des Bundesamtes für Statistik lebte 2024 ein Viertel des unteren Mittelstands in Haushalten, die nicht in der Lage gewesen wären, eine unerwartete Ausgabe von 2500.- Franken aus eigenen Mitteln zu begleichen. In der oberen mittleren Einkommensgruppe lag dieser Anteil bei rund 11 Prozent.

Auch die laufende Liquiditätslage ist in Teilen des Mittelstands angespannt. 14 Prozent der unteren Mitte und 6 Prozent der oberen Mitte stufen es für ihren Haushalt als schwierig oder sehr schwierig ein, bis zum Monatsende finanziell über die Runden zu kommen. Die Zugehörigkeit zum Mittelstand bedeutet damit nicht automatisch finanzielle Sicherheit. Sie bezeichnet zunächst eine relative Einkommensposition, nicht zwingend eine komfortable Vermögens- oder Liquiditätslage.

Auffällig ist allerdings, dass der untere Mittelstand Zahlungsrückstände nicht wesentlich häufiger aufweist als die obere Mitte. Im Jahr 2024 lebten rund 9 Prozent der unteren Mitte in Haushalten mit mindestens zwei Arten von Zahlungsrückständen.

Dazu zählen ausstehende Steuerrechnungen, Krankenkassenprämien, Mieten, Hypothekarzinsen, Wasser-, Strom-, Gas- und Heizungsrechnungen sowie Kreditschulden. In der oberen mittleren Einkommensgruppe lag dieser Anteil bei knapp 7 Prozent.

Finanzielle Einschränkungen zeigen sich auch beim Freizeit- und Erholungskonsum. In der unteren mittleren Einkommensgruppe konnten gut 11 Prozent der Personen aus finanziellen Gründen keine Ferien machen. In der oberen Mitte betraf dies 3,1 Prozent.

Seit Beginn der Erhebung im Jahr 1998 hat sich der Anteil der Bevölkerung, der dem Mittelstand zugerechnet wird, kaum verändert. Den höchsten Wert erreichte die mittlere Einkommensgruppe 2009 mit 61 Prozent. Den tiefsten Wert verzeichnete sie 2018 mit gut 54 Prozent. Über den gesamten Beobachtungszeitraum hinweg stellt das Bundesamt für Statistik jedoch keine signifikante Veränderung der mittleren Einkommensgruppe fest. 1)

MUULA.CH schrieb am 14.8.2024:

[...] Die Kosten der 13. Altersrente lägen 2026 bei rund 4,2 Milliarden Franken und im Jahr 2030 dann bei knapp 5 Milliarden Franken.

und weiter: ... Weil der Finanzierungsbedarf aufgrund der angepassten AHV-Finanzperspektiven nun geringer ausfällt als erwartet, erachtet der Bundesrat eine alleinige Erhöhung der Mehrwertsteuer als die angemessenere Lösung. [...] 3)

Wir können uns damit auf weitere Steuerüberraschungen gefasst machen. Mit seriösem fiskalischem Verhalten hat dies wenig gemein.

Der Befund ist ambivalent.

Einerseits widerspricht er der These eines breitflächigen statistischen Abstiegs des Schweizer Mittelstands.

Andererseits sagt die Stabilität des Anteils wenig über die innere Zusammensetzung, die reale Kaufkraft, die Vermögenslage oder die Belastung durch Fixkosten aus.

Der Mittelstand ist zahlenmässig stabil geblieben, doch innerhalb dieser Gruppe haben finanzielle Verwundbarkeiten erhebliches Gewicht.

pressecheck

Besonders der untere Mittelstand lebt nicht selten in einer Zone relativer Sicherheit. Die durch unerwartete Ausgaben, steigende Wohnkosten oder Krankenkassenprämien rasch unter Druck geraten kann.

Nicht zu vergessen ist ein weiterer Mechanismus:

Steuerbehörden schätzen Steuerforderungen teilweise „grosszügig“ ein, in der Erwartung, dass viele Bürger aus Unsicherheit oder Angst auch überhöhte Beträge bezahlen.

Dabei findet ein mathematisches System namens „Bentham Verteilung“ Anwendung. [4]

Das unausgesprochene Prinzip lautet: Man setzt die Steuerforderung zunächst möglichst hoch an.

Wer Einsprache erhebt, erhält allenfalls eine Reduktion. Wer sich nicht wehrt, bezahlt mehr, als sachlich gerechtfertigt wäre.

Ein besonders deutliches Beispiel ist die dreizehnte AHV-Rente, die durch Volksabstimmung beschlossen wurde.

Der Bürger hat dafür gestimmt. Der Staat reagiert jedoch nicht primär mit Ausgabendisziplin, sondern mit der Erhöhung jener Abgabe, die alle trifft: der Mehrwertsteuer.

Sie wird damit zur allgemeinen „Weglagerersteuer“ des modernen Fiskalstaates.

Dem Bundesrat kommt offenbar nicht in den Sinn, unnötige Ausgaben konsequent zu streichen. Bei den beschlossenen Militärausgaben verfährt der Bund ähnlich.

Auch hier wird die Finanzierung letztlich auf die Mehrwertsteuer überwält. Damit werden nicht einzelne Verursacher oder Nutzniesser belastet, sondern die gesamte Bevölkerung über den Konsum.

Der Hintergrund dieser Steuererhöhungen ist in Wahrheit der indirekte Zugriff auf das Vermögen der Bürger. Der Staat greift nicht offen in die Ersparnisse ein, sondern belastet Haushalte über höhere Preise, Gebühren, Abgaben und Steuern. Das Ergebnis ist absehbar: Wer seine laufenden Kosten nicht mehr aus dem Einkommen decken kann, muss auf seine Reserven zurückgreifen.

Dem Bürger direkt Geld aus der Tasche zu nehmen, wäre rechtlich und politisch kaum vermittelbar. Über die indirekte Belastung geschieht jedoch ökonomisch etwas Ähnliches.

Die Administration scheint zu unterschätzen, dass ein Staat seine eigene Grundlage schwächt, wenn die Bevölkerung verarmt und private Reserven systematisch aufgezehrt werden. Ein Staat lebt nicht nur von Steuereinnahmen, sondern von der Leistungsfähigkeit, Sparfähigkeit und Investitionskraft seiner Bürger.

Ende 2025 betrug das Reinvermögen der privaten Haushalte in der Schweiz rund 5132 Milliarden Franken. Die finanziellen Forderungen, also das Geldvermögen einschliesslich Einlagen, Wertschriften sowie Ansprüchen gegenüber Versicherungen und Pensionskassen, lagen bei 3278 Milliarden Franken. Das entspricht 3,278 Billionen Franken. 1)

Die Frage der 10-Millionen-Schweiz

Die Schweiz hatte am 31. Dezember 2024 eine ständige Wohnbevölkerung von 9 051 029 Personen, also rund 9,05 Millionen Einwohner.

Im 4. Quartal 2025 waren in der Schweiz 5,392 Millionen Personen erwerbstätig. Davon waren

3,494 Millionen Schweizer Erwerbstätige und 1,898 Millionen ausländische Erwerbstätige.

Diese Zahlen müssen sorgfältig interpretiert werden. Nicht alle Einwohner sind potenzielle Erwerbspersonen. Kinder, Rentner, Personen in Ausbildung, Erwerbslose und Nichterwerbspersonen gehören zur Gesamtbevölkerung, aber nicht zur Gruppe der Erwerbstätigen.

Deshalb stehen 9,05 Millionen Einwohner nicht direkt 5,392 Millionen Erwerbstätigen gegenüber. Die erste Zahl beschreibt die Bevölkerung, die zweite den Arbeitsmarkt. 2)

Wer finanziert künftig 10 Millionen Einwohner?

Die zentrale finanzpolitische Frage lautet:

Wer trägt künftig die Kosten einer Schweiz mit 10 Millionen Einwohnern?

Rein rechnerisch kommen auf 5,392 Millionen Erwerbstätige rund 3,66 Millionen nicht erwerbstätige Einwohner. Diese Zahl ergibt sich aus der Differenz zwischen 9,05 Millionen Einwohnern und 5,392 Millionen Erwerbstätigen.

Wird die Bevölkerung weiter wachsen, ohne dass die Zahl produktiver, steuerzahlender Erwerbstätiger im gleichen Verhältnis steigt, verschiebt sich die Last zunehmend auf jene, die arbeiten, Einkommen erzielen, konsumieren, sparen und Vermögen bilden.

Man muss kein Finanzexperte sein, um zu erkennen, dass darin ein strukturelles Risiko liegt. Eine wachsende Bevölkerung, steigende Sozialausgaben, höhere Gesundheitskosten, zusätzliche Infrastrukturbedürfnisse, Militärausgaben und eine alternde Gesellschaft erzeugen einen dauerhaften Finanzierungsdruck.

Dieser Druck wird politisch oft nicht durch Ausgabenkontrolle, sondern durch neue oder höhere Abgaben gelöst. Sprich: weitere Erhöhung der Steuern.

Damit entsteht eine fiskalische Zeitbombe.

Sie kann kurzfristig durch den Griff des Staates in die Taschen der Bürger entschärft werden, langfristig jedoch nur um den Preis sinkender Kaufkraft, schwächerer Sparfähigkeit und wachsender Unzufriedenheit. Genau dies war jedoch nie das Grundkonzept des sozial-liberalen Staates Schweiz.

Der schweizerische Sozialstaat beruhte ursprünglich auf Mass, Eigenverantwortung, fiskalischer Disziplin und einer breiten bürgerlichen Eigentumsbasis. Wenn der Staat diese Grundlage überdehnt, gefährdet er nicht nur die Haushalte der Bürger, sondern auch seine eigene Legitimität.

Quellen:

[1] SNB re_20260428.de.pdf.

[2] April 2026, Bsf.Admin)

[3] <https://muula.ch/aktuell/bundesrat-bittet-die-armen-fur-13-ahv-rente-zur-kasse-finanzierung-vernehmlassung-mehrwertsteuer-lohnabzuege-pensionen-familien-anschaffungen-firmen-defizit-bundesbeitrag/>

[4] Bentham-Verteilung